

Dem Abschwung entgegentreten

Politische Forderungen der Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie

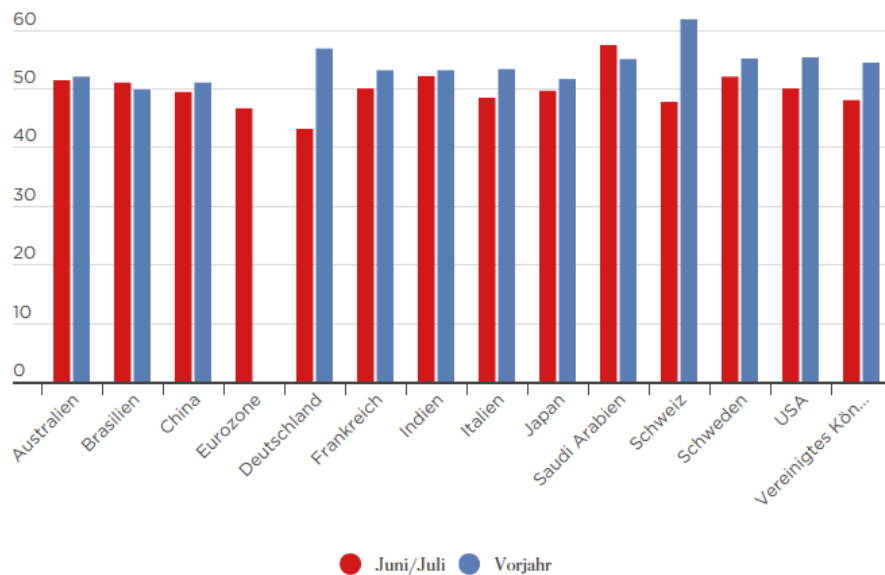
1 Aktuelle Lage

1.1 Weltwirtschaft

Das weltwirtschaftliche Umfeld hat sich massiv verschlechtert. Die Industrie ist oft zuerst vom Abschwung betroffen. Sie befindet in den meisten relevanten Ländern im Abschwung.

- Der Einkaufsmanager-Index – ein verlässlicher Indikator – ist für die Industrie rückläufig. In den USA liegt er bei 50, was einer Stagnation gleichkommt. In wichtigen Ländern wie China, Japan, in der Eurozone und in der Schweiz liegt er klar unter diesem Wert, was einer Kontraktion für die Branche bedeutet. Die Geschwindigkeit und das Ausmass der Verschlechterung in den vergangenen sechs Monaten sind beunruhigend.
- Der deutschen Industrie – Abnehmerin von 27 Prozent unserer Exporte – geht es besonders schlecht. Die Produktion im zweiten Quartal wurde deutlich zurückgefahren: Im Juni ging die Produktion im Vergleich zum Vorjahresmonat um 5,2 Prozent zurück. Der Index liegt auf einem Tiefststand von 43 Punkten.

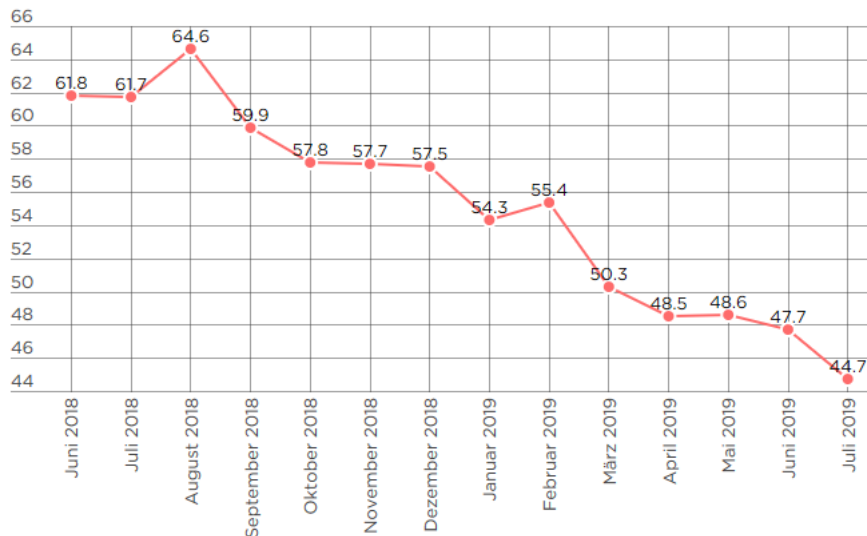
Einkaufsmanager-Index der Industrie



- Der Index der amerikanischen Industrieproduktion sank im Juni auf ein Drei-Jahres-Tief. Es war der vierte Rückgang in Folge.
- Die Zinskurve der USA deutet klar auf eine rezessive Phase hin.
- Die politische Unsicherheit in Europa hat zugenommen. Die Gefahr eines harten Brexit hat ebenso zugenommen wie die Wahrscheinlichkeit einer Schuldenkrise in Italien.
- Der Handelsstreit zwischen China und den USA hat sich weiter verschärft. Die USA drohen, in den kommenden Monaten alle Importe mit Zöllen zu belegen. Die Gefahr eines Währungskriegs nimmt zu. Eine baldige Besserung ist nicht in Sicht.

1.2 Schweizer Wirtschaft

- Gemäss KOF (7.8.) hat sich die Geschäftslage im verarbeitenden Gewerbe weiter spürbar abgekühlt. Sie ist im Juli 2019 markant ungünstiger als im Sommer 2018. Der Auftragsbestand nahm jüngst deutlich ab und die Firmen klagen vermehrt über zu kleine Auftragsreserven.
- Mit Blick auf die Gesamtwirtschaft schätzt die KOF ([Ende Juli](#)), dass die Talfahrt nach sieben rückläufigen Monaten vorübergehend gestoppt werden konnte. Wie stark sich die negative Tendenz in der Industrie auf die Gesamtwirtschaft auswirkt, ist offen.
- Der Einkaufsmanager-Index der Schweizer Industrie ist stark rückläufig.



1.3 Schweizer Franken

Der Schweizer Franken lag im August bei +/- 1.08 gegenüber dem Euro.



Es handelt sich primär um eine Euro-Schwäche. Da 60 Prozent unserer Absätze nach Europa gehen, ist die Überbewertung des Frankens gegenüber dem Euro gravierend. Der Abwertungsdruck auf Renimbi und US-Dollar, gegenüber welchen der Franken allerdings wenig überbewertet ist, droht die Situation zu verschärfen (NB: Kaufkraftbereinigt sieht die Situation international betrachtet für den Schweizer Franken etwas weniger düster aus als in früheren Phasen).

1.4 MEM-Industrie

Die Lage der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie hat sich im ersten Halbjahr 2019 deutlich verschlechtert. Gegenüber dem Vorjahressemmester reduzierten sich die Auftragseingänge um -12,5 Prozent. Auch die Umsätze (-1,9%) und die Güterexporte (-1,0%) nahmen ab. Die bestehenden wirtschaftspolitischen Risiken haben sich jüngst akzentuiert, was dazu beitrug, dass sich der Schweizer Franken wieder aufgewertet hat. Zudem schwächelt die Konjunktur in den wichtigsten Absatzmärkten. All diese Faktoren trüben die Erwartungen für die kommenden Monate ein. Swissmem geht davon aus, dass die Nachfrage weiter zurückgehen wird. Das bestmögliche Szenario für die nächsten zwölf Monate ist eine Stabilisierung auf tieferem Niveau – sofern es nicht zu grösseren politischen und wirtschaftlichen Verwerfungen kommt.

1.5 Fazit

Aktuell droht der Schweizer MEM-Industrie in eine weltweite Nachfrageschwäche, welche in einem Zeithorizont von 12-18 Monate in eine Rezession münden könnte. Dieses Problem wird noch durch eine weitere Euro-Schwächung überlagert. Das drückt auf die Auslastung und die Margen. Für diese Firmen ist die neue Situation sehr herausfordernd. Mehr als ein Drittel der Firmen der MEM-Industrie war selbst im weitgehend starken Jahr 2018 immer noch mit schwachen Margen konfrontiert (unter 5% EBIT-Marge bis hin zu Verlusten) und hat sich damit vom letzten «Frankenschock» in 2015 noch nicht ausreichend erholt. Es besteht insbesondere die Gefahr, dass sie weiterhin zu wenig Mittel in Innovation, Digitalisierung und Marktentwicklung investieren können. Damit sind mittelfristig ihre Zukunft und ihre Arbeitsplätze gefährdet. Angesichts dieser Entwicklung fordert Swissmem den Bundesrat, das Parlament und die Verwaltung auf, die Industrie mit besseren Rahmenbedingungen zu stützen.

2 Handlungsspielräume

2.1 Schweizerische Nationalbank

Es bestehen Indizien, dass die SNB über Deviseninterventionen am Markt tätig ist. Der währungspolitische Handlungsspielraum der SNB ist aber stark eingeschränkt:

- Die Bilanzsumme der SNB hat einen Umfang von CHF 800 Mia erreicht (davon Devisenanlagen von rund CHF 780 Mia.), was im Verhältnis zum BIP (2018: CHF 690 Mia.) im internationalen Vergleich rekordhoch ist. Auch wenn es technisch keine Grenze gibt für weitere Devisenkäufe und damit einer Fortsetzung des Bilanzsummenwachstums, so stösst eine weitere Expansion an innen- und aussenpolitische Grenzen.
- Die Wiedereinführung eines Mindestkurses ist kaum machbar. Dafür fehlt der SNB nach 2015 und angesichts ihrer Bilanzsumme die Glaubwürdigkeit.
- Die Schweiz weist einen rekordhohen Leistungsbilanzüberschuss aus (2018: CHF 70 Mia., was mehr als 10% des BIP ausmacht). Die eigene Währung zu schwächen, könnte zum Vorwurf der Währungsmanipulation führen. Eben hat es die Schweiz geschafft, von den USA nicht mehr der Währungsmanipulation bezichtigt zu werden.
- Die Negativzinsen von -0.75 Prozent können nur noch beschränkt gesenkt werden, z.B. auf -1.00 Prozent. Der Franken dient zurzeit als Fluchtwährung, weshalb tiefere Negativzinsen ihre Wirkung verlieren. Sobald die Banken die Negativzinsen den Kunden überwälzen, würden diese die Bargeldhaltung erhöhen.

Swissmem fordert eine aktive Intervention der SNB mit allen sinnvollen Instrumenten. Was sinnvoll ist, obliegt der Beurteilung der SNB. Die institutionelle Unabhängigkeit der SNB darf nicht angetastet werden. Da punkto Währung der Handlungsspielraum der SNB nicht sehr hoch ist, kommt den politischen Massnahmen eine umso höhere Bedeutung zu.

2.2 Politik

2.2.1 Europapolitik

Forderung	Begründung
Institutionelles Rahmenabkommen: Zeitnahe und positive Klärung der offenen Punkte, InstA bis Ende Oktober unterzeichnen	Das institutionelle Rahmenabkommen ist nötig, um den privilegierten Zugang der MEM-Industrie zum Europäischen Binnenmarkt zu erhalten. Nur so kann der politisch breit abgestützte bilaterale Weg fortgesetzt und gegebenenfalls neue Marktzutrittsabkommen abgeschlossen werden.
Revision Datenschutzgesetz: Zügige Revision und Beibehaltung der Äquivalenz	Ohne Äquivalenz zusätzlicher administrativer Aufwand und Hürden für die Unternehmen beim internationalen Datenaustausch.

2.2.2 Marktzugang

Forderung	Begründung
Aussenwirtschaftspolitik: Rasche Ratifizierung des FHA mit Indonesien	Zukunftsträchtiger Absatzmarkt, der heute ein Exportvolumen von CHF 200 Mio. umfasst. Hohe Zollhürden für MEM-Produkte (im Durchschnitt 8%, Maximalsatz 31%) behindern den Marktzugang. Das Zolleinsparungspotenzial beträgt rund CHF 20 Mio..
Aussenwirtschaftspolitik: Rasche Ratifizierung des FHA mit dem Mercosur	Zukunftsträchtiger Absatzmarkt, der heute ein Exportvolumen von CHF 600 Mio. umfasst. Hohe Zollhürden für MEM-Produkte (im Durchschnitt 14%, Maximalsatz über 30%) behindern den Marktzugang. Das Zolleinsparungspotenzial beträgt rund CHF 90 Mio. Es geht auch um die Verhinderung eines Wettbewerbsnachteil gegenüber der EU, welche bereits ein FHA mit Mercosur abgeschlossen hat.
Aussenwirtschaftspolitik: Start der Verhandlungen für ein FHA mit den USA und rascher Abschluss anstreben	Zweitwichtigster und vielversprechender Absatzmarkt der MEM-Industrie mit einem Volumen von CHF 9,4 Mia. (2018). Der US-Exportmarkt erlebte ein starkes Wachstum in den vergangenen Jahren. Der Exportanteil beträgt derzeit 13,5%. Das Zolleinsparungspotenzial beträgt rund CHF 280 Mio. Zudem brächte ein FHA mit den USA einen besseren Schutz der Schweiz bei Handelsstreitigkeiten, in welche die USA mit anderen Staaten involviert ist.
KMU-Politik: Verbesserter Zugang von exportorientierten KMU zu internationalen Grossprojekten	KMU soll ein besserer Zugang in globale Wertschöpfungsketten ermöglicht werden, z.B. bezüglich der Nutzung der Belt&Road Initiative (BRI). Dazu braucht es: <ul style="list-style-type: none"> • Ein rascher Aufbau eines Informationsflusses bzw. -netzes von Botschaften, Hubs, Schweizer/innen bei Multinationalen Organisationen, welche Projektinformationen an SGE und Verbände liefern. • Finanzielle Unterstützung für den Aufbau von Matching-Plattformen bei den Verbänden. Diese sollen die Bildung von Konsortien (ist im MOU zwischen der Schweiz und China für BRI vorgesehen) fördern. • Ausbau der Möglichkeiten für Versicherung von Konsortiallösungen durch die SERV • Ansiedlung von Büros grosser GU, welche Megaprojekte durchführen.

Forderung	Begründung
Rüstungspolitik: 100% Offset bei NKF-Beschaffung	Offset ist ein Marktöffner für KMU und gibt nationalen Spitzenherstellern die Chance, in ansonsten abgeschotteten Märkten Fuss zu fassen. Gefordert ist die Revision des Offset-Entscheides des VBS. Auch Nicht-STIB-relevanter Offset muss zugelassen werden. Die Offset-Quote ist auch bei der Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen bei 100% zu belassen.

2.2.3 Sozialpolitik

Forderung	Begründung
Lohnnebenkosten: Keine Erhöhung der Lohnnebenkosten	<p>Die Schweiz hat die zweithöchsten Lohnnebenkosten weltweit (nach Belgien). Diese dürfen nicht weiter ansteigen, um nicht die internationale Wettbewerbsfähigkeit der MEM-Industrie zu gefährden. Deshalb:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Keine Einführung eines staatlichen finanzierten Vaterschaftsurlaubs. Der Vaterschaftsurlaub ist auf firmen- oder branchenebene zu regeln. • Ablehnung der Motion Quadranti (19.3848): Elternzeit 14/14 Wochen für Chancengleichheit im Erwerbsleben • Ablehnung der von FDP-Ständeräten eingereichte Motion für 16-wöchigen Elternurlaub • Ablehnung weiterer parlamentarischer Vorstösse, die Lohnnebenkosten erhöhen: «Ausreichend langer bezahlter Urlaub für Eltern von schwer kranken Kindern», «Betreuungszulagen und Entlastungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige», «Angemessene BVG-Deckung für Personen, welche Care-Arbeit leisten»

2.2.4 Arbeitsmarkt

Forderung	Begründung
Kurzarbeit: Zur Erhöhung der Anpassungsflexibilität der Firmen ist Kurzarbeit zu erleichtern	<ul style="list-style-type: none"> • Devisenschwankungen müssen zur Begründung von Kurzarbeitsentschädigung zulassen werden, da diese nicht zum normalen Betriebsrisiko gehörend erachtet werden soll. • Die Bezugsdauer der Kurzarbeit muss von 12 auf 18 Monate erhöht werden. • Die Karenzzeit gem. Art. 32 Abs. 2 AVIG muss auf 1 Tag reduziert werden. • Vorübergehende Erhöhung der Arbeitszeit aufgrund der Frankenstärke gelten nicht als Überstunden: Wird die Arbeitszeit aufgrund der Wechselkursentwicklung vor Einführung der Kurzarbeit vorübergehend erhöht, so gelten die zusätzlichen Stunden nicht als Mehrstunden im Sinne von Art. 46 Abs. 2 AVIV. Die Kurzarbeitsentschädigung wird in solchen Fällen aufgrund der normalen Arbeitszeit vor der vorübergehenden Erhöhung der Arbeitszeit berechnet.
Abbau von Bürokratie: Verzicht auf Arbeitszeiterfassung vorantreiben	Eine Ausnahme von der Arbeitszeiterfassung für leitende Angestellte und Fachspezialisten muss rasch weiterverfolgt und ermöglicht werden (Parlamentarische Initiative Keller-Sutter).

Forderung	Begründung
Drittstaatenkontingente: Aufstockung der Drittstaatenkontingente	Die MEM-Industrie ist mit Fachkräftemangel konfrontiert und die Stellenmeldepflicht genügt nicht, damit die Firmen und Universitäten die nötigen Fachkräfte und Spezialisten rekrutieren können. Die Kontingente der Drittstaatsangehörigen sind deshalb aufzustocken. Damit soll auch der Verlagerungsdruck als Folge fehlender Fachkräfte gemindert werden.

2.2.5 Forschungs- und Innovationspolitik

Forderung	Begründung
Forschungs- und Innovationspolitik: Keine Sparübungen bei Bildung und Forschung Sondermassnahmen bei Margendruck als Folge von Devisenschwankungen Anbindung an internationale Instrumente der Forschungs- und Innovationsförderung sicherstellen	<p>Durch die zunehmend gebundenen Ausgaben im BFI-Bereich geraten die Instrumente des Bundes für die Förderung von Forschung und Innovation unter Druck. Eine Reduktion dieser Förderung muss verhindert werden. Im Gegenteil, sie sind als Investitionen in die künftige Wettbewerbsfähigkeit und damit für den Wohlstand der Schweiz zu sehen. Die Mittel der Projektförderung für die Innosuisse sind um CHF 20 Mio. zu erhöhen. Die Projektförderung ist für KMU, die grundsätzlich unter Innovationsdruck stehen, ein wichtiges Instrument. In früheren konjunkturell schwierigen Zeiten haben folgende Sondermassnahmen gewirkt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Auf begründeten Antrag den 10% Cash-Eigenbeteiligung streichen • Aufstockung der Finanzmittel und Weiterführung des Programms «Advanced Manufacturing» im Rahmen des Aktionsplanes Digitalisierung auf insgesamt CHF 80 Mio. Diese Finanzierung ist im Rahmen der BFI-Botschaft sicherzustellen. • Stärkung der bestehenden Töpfe und des Bottom-up Prinzips. Gleichzeitig soll auf neue Fördertöpfe, die thematisch bedingt sind (Zukunftsfonds), verzichtet werden. <p>Der Zugang zur internationalen Forschungsgemeinschaft sowie zu anwendungsorientiertem Know-how sind für die Wissenschaft und die Wirtschaft in der Schweiz entscheidend. Die Assoziierung an Horizon Europe der EU und der Abschluss weiterer internationaler Zusammenarbeitsabkommen in Forschung und Innovation sind unerlässlich.</p>

2.2.6 Bildungspolitik

Forderung	Begründung
<p>Bildungspolitik: Ausrichtung auf die Anforderungen der Arbeitswelt</p>	<p>Der technologische Wandel in der Industrie und der sich verschärfende Fachkräftemangel stellen die MEM-Unternehmen vor Herausforderungen bei der Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden. Das qualitativ hochstehende, auf den Bedarf der Unternehmen ausgerichtete Schweizer Berufsbildungssystem ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für die MEM-Branche und muss entsprechend gestärkt und weiterentwickelt werden. Dazu zählen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung der notwendigen Kompetenzen für eine digitalisierte Arbeitswelt • Schaffung eines erleichterten Zugangs von Erwachsenen zur beruflichen Neu- und Re-Qualifizierung durch Umschulungen • Imageförderung für das Berufsbildungssystem generell und insbesondere für die technischen Berufe <p>Voraussetzung dafür ist die Sicherstellung ausreichender Mittel für Projekte zur Weiterentwicklung der beruflichen Grund- und Weiterbildung im Rahmen der BFI-Botschaft.</p>

2.2.7 Weitere Rahmenbedingungen

Forderung	Begründung
<p>Klimapolitik: Ausweitung der CO₂-Abgabe auf Treibstoffe im Rahmen der Revision des CO₂-Gesetzes</p>	<p>Die CO₂-Abgabe wird heute ausschliesslich auf Brennstoffe erhoben, Treibstoffe sind ausgeklammert. Diese Ungleichbehandlung ist stossend, weil Industrie und Haushalte die Last der CO₂-Reduktion trotz des Erfolgs der Lenkungsabgabe weiterhin einseitig zu tragen haben.</p> <p>Um die politische und gesellschaftliche Akzeptanz einer Ausweitung der CO₂-Abgabe auf Treibstoffe sicherzustellen, muss bei deren Anpassung (Erhöhung oder Senkung) die Bevölkerung das letzte Wort haben können. Das heisst, dass der Beschluss des Parlaments dem fakultativen Referendum zu unterstellen wäre.</p>
<p>Schaffung von Rechtssicherheit: Rasche Anpassung des BPS</p>	<p>Am Bundesgesetz über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen (BPS) sind möglichst rasch Anpassungen vorzunehmen, um Rechtssicherheit zu schaffen.</p>

Zürich, August 2019

Weitere Auskünfte bei Swissmem erteilen:

Stefan Brupbacher, Direktor, Tel. direkt: 044 384 42 11, s.brupbacher@swissmem.ch

Dr. Jean-Philippe Kohl, Leiter Wirtschaftspolitik, Tel. direkt: 044 384 48 15, j.kohl@swissmem.ch